

Projekt „Hannoversche Lager“

Zwangsarbeit in Hannover während des Zweiten Weltkrieges



Vorwort

Über 60.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden im Laufe des Zweiten Weltkrieges nach Hannover geholt. In den rund 500 dezentralen Lagern in unmittelbarer Nähe zu Industrie- und Gewerbebetrieben, wo sie zur Arbeit eingesetzt wurden, fanden viele von ihnen den Tod. Bei den ehemaligen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken – allesamt Bestandteile der Stadtverwaltung – waren während der letzten Kriegsjahre ebenfalls Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Einsatz. Bis vor kurzem wusste man kaum etwas über dieses dunkle Kapitel von Hannovers Stadtgeschichte. Erst 1998 begannen die Historikerinnen Irmtraud Heike und Janet Anschütz damit, das Gebiet zu erforschen.

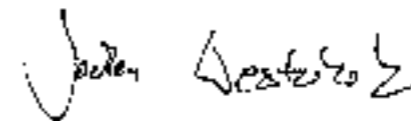
Im Jahre 2002 waren die finanziellen Mittel, insbesondere die der Landeshauptstadt, erschöpft; vor dem Projekt lag aber noch eine Menge an Arbeit. Nach Rücksprache unter den Konzernunternehmen der Stadt Hannover hat sich dann unser Unternehmen bereit erklärt – auch in Anbetracht der historischen Verantwortung – die Projektarbeit durch eine befristete Einstellung bis zum Frühjahr 2007 zu unterstützen. Vom Standort Glocksee aus erledigen die beiden Historikerinnen seitdem ihre verantwortungsvolle Aufgabe, für die ich mich im Namen des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG herzlich bedanke.

Schon jetzt ist aber abzusehen, dass auch über das Jahr 2007 hinaus eine kontinuierliche Beschäftigung mit der Thematik notwendig ist, um diesen besonderen Teil der Geschichte und Kultur der Landeshauptstadt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Deshalb ist daran gedacht, über die Gründung einer Stiftung Personen und Institutionen aus Stadt und Region die Möglichkeit zu geben, die Arbeit materiell und ideell zu unterstützen.

Mit dieser Broschüre möchte auch die Stadtwerke Hannover AG den Startschuss dazu geben, dass der Stiftungsgedanke transportiert und das Thema zu einem festen Bestandteil der Geschichte Hannovers wird.

Jochen Westerholz

Arbeitsdirektor Stadtwerke Hannover AG





„P“-Zeichen, das polnische Zwangsarbeiter tragen mussten



„OST“-Zeichen, das „Ostarbeiter“ tragen mussten

Im Deutschen Reich gab es bereits seit Kriegsbeginn einen enormen Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig musste die gewaltige Rüstungsproduktion aufrechterhalten werden, um die Kriegsmaschinerie voranzutreiben. So mussten ausländische Arbeitskräfte in Deutschland eingesetzt werden. Damit entstanden ideologische Probleme, denn nun holte man sich die zuvor als Feinde propagierten Menschen in das eigene Land. Das galt vor allem für die größte Zahl der Zwangsarbeiter: Frauen und Männer aus Polen, Russland, der Ukraine. Aber auch aus Westeuropa kamen Zwangsarbeiter in das Deutsche Reich. Hier fand eine Entwicklung von anfänglicher (Schein-)Freiwilligkeit zur späteren Zwangsaushebung statt, wie in Belgien, Frankreich und den Niederlanden.

Im Bereich des Rüstungskommandos Hannover waren Ende 1944 40 Prozent aller Arbeitskräfte Häftlinge oder Zwangsarbeiter, ein überdurchschnittlich hoher Bedarf im Vergleich zu anderen Industriestandorten. Auch in Hannover gab es während des Zweiten Weltkrieges eine große Anzahl von Lagern, unter anderem Konzentrations-, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager. Mindestens 60.000 Internierte waren in dieser Zeit im Stadtgebiet untergebracht. Sie verteilten sich auf mehr als 500 Lager, wobei die meisten größeren in unmittelbarer Nähe von (Rüstungs-)Betrieben errichtet wurden. Zwangsarbeiter waren aber auch als Hausangestellte, Kellner, Verkäufer oder in kleineren Betrieben tätig. Konzentrationslagerhäftlinge, Kriegsgefangene sowie Zwangsarbeiter befanden sich zu sehr verschiedenen Phasen in Hannover. Hieraus ergeben sich Unterscheidungsmerkmale zwischen den einzelnen Gruppen, aber auch

Vorderseite der Arbeitskarte eines polnischen Zwangsarbeiters



Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Zeitraums ihrer Internierung, der Nationalität und der Altersstrukturen. Ebenso muss berücksichtigt werden, dass viele Zwangsarbeiter, auch bedingt durch die zunehmende Zerstörung der Stadt gegen Ende des Krieges, nacheinander an mehreren Orten untergebracht waren. Für die individuelle Situation waren daher oft mehrere Komponenten entscheidend, wie Internierungsort/-zeitpunkt und Status des Lagers. Überlebenswichtig waren auch die Art der Arbeit, die Nationalitätzugehörigkeit und das Verhalten der Bewacher sowie interne Lagerstrukturen. Die Verknüpfung dieser verschiedenen Faktoren beeinflusste entscheidend die Lebensumstände und die Überlebenschance des Einzelnen.

Gegen Ende 1944 eskalierte die Situation, bedingt durch die zunehmenden Luftangriffe. Die allgemeine Verschlechterung der Überlebensbedingungen betraf die Zwangsarbeiter im besonderen Maße. Unter ihnen gab es viele Tote – allein durch die Angriffe. Ein Teil der Lager war zerstört, andere erheblich überbelegt. Von der Situation besonders stark betroffen waren körperlich schwache Zwangsarbeiter. Die Todesrate unter den verschleppten Kindern, alten Menschen, Kriegsgefangenen oder so genannten „Ostarbeitern“ war dadurch besonders hoch.

Innenseite des Arbeitsbuches eines polnischen Zwangsarbeiters



Projektbeginn – Forschungen und Öffentlichkeitsarbeit

1996 begann eine intensive wissenschaftliche Recherche zum Thema „Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg“ am Historischen Seminar der Universität Hannover. Zehn Jahre zuvor war bereits eine Veröffentlichung zu den sieben Konzentrationslagern in Hannover und der unmittelbaren Region erfolgt. Auch zum Schicksal der jüdischen Bevölkerung gab es Forschungen. Hinsichtlich der Zwangsarbeiterlager konnte jedoch schnell ermittelt werden, dass zahlreiche zeitgenössische Unterlagen vorhanden, aber bislang nicht gesichtet und ausgewertet waren. Darauf aufbauend wurde das Projekt „Hannoversche Lager“ zur Erforschung des NS-Lagersystems in Hannover konzipiert. Im Rahmen der Recherche sollten die unterschiedlichen Lagerformen sowie der Arbeits- und Lebensalltag der Zwangsarbeiter erfasst werden.

In den administrativen Unterlagen ist fast ausschließlich die Sichtweise der Täter wiedergegeben. Zur Interpretation und Erforschung der realen Arbeits- und Lebenssituation der Zwangsarbeiter ist es somit notwendig, ihre Erlebnisse und Sichtweisen zu erfassen. Dazu müssen systematisch Zeitzeugenbefragungen in den jeweiligen Ländern durchgeführt werden.

Neben der Grundlagenforschung in den Archiven wurde somit sehr schnell der Kontakt zu Überlebenden der Lager im In- und Ausland aufgenommen und eine Fragebogenaktion gestartet. Bereits zu diesem Zeitpunkt konnten/wollten viele von ihnen kein Zeugnis mehr ablegen. Durch die überwiegend schriftlichen Aussagen und Schilderungen von Überlebenden, unter anderem aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Polen und der Tschechischen Republik, wurde jedoch deutlich, dass die Aspekte der so genannten Oral-History-Forschung bislang vernachlässigt wurden.

Insbesondere die Schicksale von „Ostarbeitern“ blieben auf Grund der politischen Situation in der Sowjetunion unerforscht. Dennoch stellten sie die größte Verfolgengruppe dar. Sehr bald zeigte sich die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über das Schicksal dieser Menschen im Hannover der Kriegszeit aufzuklären.

Zunächst wurde daher eine Wanderausstellung konzipiert und im Mai 1998 mit großem Erfolg zum ersten Mal im Stadtarchiv Hannover präsentiert. Diese Ausstellung durchlief bis zum Mai 2000 mehrere Stationen und ist bis heute in allen Aspekten aktuell. Zahlreiche Vorträge und Aufsätze folgten immer wieder zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Bereits im März 2000 wurde das erste Buch mit dem Anspruch, auch für Laien einen umfangreichen Einblick in unterschiedliche Aspekte von Zwangsarbeit zu ermöglichen, präsentiert. Zwischenzeitlich entstand eine Vernetzung zu zahlreichen Organisationen, wie zur Industriegewerkschaft Metall Hannover oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)“, mit denen bis heute eine kontinuierliche intensive Zusammenarbeit besteht. Im Mai 2000 wurden erst- und einmalig zweiundzwanzig ehemalige Zwangsarbeiter nach Hannover eingeladen, unter anderem von der IG Metall, der Stadt Hannover, der Universität Hannover (Projekt: „Hannoversche Lager“) und der VVN/BdA.

Lager am Schlorumpfskoppelweg, 1942



Da einige der hannoverschen Lager überregionalen Charakter besaßen, wurden auch hier erste Ansätze zur Aufarbeitung geschaffen, wie zum Beispiel in Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge. Ferner äußerten andere Städte, Gemeinden, Forscher, Journalisten, Pädagogen Interesse und wurden vom Projekt wissenschaftlich betreut. Dazu gehörte sowohl der Anspruch, das Thema Zwangsarbeit darzustellen, aber insbesondere auch der Kontaktwunsch zu Zeitzeugen im In- und Ausland. So konnte beispielsweise eine Interviewreise nach Warschau zu ehemaligen Häftlingsfrauen des Konzentrationslagers in Langenhagen im Auftrag der Stadt Langenhagen durchgeführt werden. Es entstand eine umfangreiche Dokumentation und im Rahmen dieser Aktion wurden 2001 zum ersten Mal einige der Überlebenden nach Langenhagen eingeladen. Da am historischen Ort nichts auf den Standort des KZs hinwies, wurde gemeinsam mit der IG Metall die Idee entwickelt, dort ein Mahnmal zu errichten. Die Einweihung erfolgte im Mai 2003 unter Anwesenheit von zwei Zeitzeuginnen. Parallel dazu erschien ein Buch zum Schicksal der inhaftierten Frauen.

Bereits zuvor entwickelte eine Arbeitsgruppe, der unter anderem das Projekt und die IG Metall angehörten, ein Mahnmal für den Stadtfriedhof Seelhorst. 2002, nach 57 Jahren, gab es nun an authentischer Stelle einen Hinweis auf die Massenerschießung von 154 Häftlingen im April 1945. Die exhumierten Leichen waren bereits im Mai 1945 am Ufer des Maschsees von den Alliierten beigesetzt worden. Im Mai 2004 erschien erneut eine Publikation, dieses Mal im Auftrag der Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich für Bildung und Qualifizierung/Bereich Stadtteilkulturarbeit. Das Buch dokumentiert die Geschichte des KZs in Ahlem, in dem überwiegend jüdische Häftlinge interniert waren. Dort wurde 1994 ein Mahnmal errichtet, das Bürger gestalteten und bis heute betreuen. Anlässlich der Buchpräsentation folgten fünf Überlebende der Einladung der Stadt Hannover, des Arbeitskreises „Bürger gestalten ein Mahnmal“ und der VVN/BdA. Auch an dieser Aktion war das Projekt maßgeblich an allen Planungsschritten beteiligt.



Evgenija Chajluk kurz nach ihrer Ankunft in Hannover, 1942 ...



... und nach ihrer Befreiung, 1945

Ausstellung

Der Feind im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg

Die im Mai 1998 erstmals im Stadtarchiv Hannover gezeigte Wanderausstellung „Der Feind im eigenen Land“ zieht eine erste öffentliche Bilanz der Forschungsergebnisse zum Thema „Zwangsarbeit in Hannover“. Ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, vor allem aus Polen und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, wurden interviewt. Sie stellten Berichte, persönliche Unterlagen und Fotos über ihre Leidenszeit zur Verfügung, die in der Ausstellung Platz finden. Darüber hinaus werden Baupläne und erstmals Fotos von hannoverschen Zwangsarbeiterlagern sowie amtliche Dokumente zur Lebenssituation der Ausländer in Hannover gezeigt. Am Beispiel von sechs hannoverschen Betrieben werden auf 20 Schautafeln Art und Umfang der Zwangsarbeit sowie die Rolle der Unternehmen erläutert. Die Ausstellung zeigt, inwieweit die Stadt und die Wirtschaft von den Zwangsarbeitern profitierten. Auch die Arbeits- und Lebenssituation der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in hannoverschen Organisationen und Privathaushalten wird dokumentiert. Die Eskalation zum Kriegsende hatte eine weitere Verschärfung zur Folge, brachte jedoch auch die Möglichkeit, im Chaos neue zwischenmenschliche Freiräume zu schaffen. So werden in den Erzählungen der Überlebenden für diesen Zeitabschnitt besonders die Bombenangriffe und Mangelzustände, aber auch die Solidarität untereinander sowie die im Einzelfall von Deutschen geleistete verbotene Hilfe thematisiert. Angesprochen wird auch die Regelung der Entschädigungsfrage der ehemaligen Zwangsarbeiter.



Im Stadtarchiv Hannover ...

Das Schicksal der Zwangsarbeiter in der Stadt Hannover wurde auch im Archiv des ehemaligen Landkreises im Schloss Landestrost in Neustadt am Rübenberge im gleichen Jahr durch zahlreiche ortsbezogene Zeitzeugnisse und regionale Exponate ergänzt.

Die Wanderausstellung durchlief bis zum Mai 2000 noch weitere Stationen wie das Antikriegshaus Sievershausen unter Beteiligung von Zeitzeugen, den ehemaligen Kommunalverband Großraum Hannover und die Volkshochschule Hannover.

Die Wanderausstellung „Der Feind im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg“ kann ausgeliehen werden.

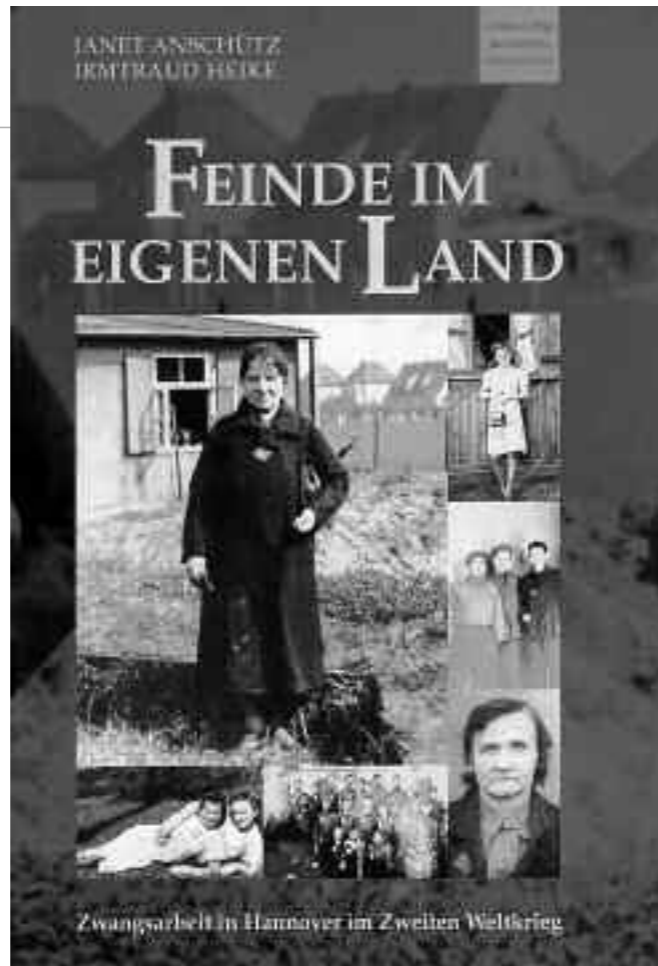


... und im Schloss Landestrost in Neustadt am Rübenberge, 1998

Bücher

Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg

In Zusammenhang mit der Ausstellung wurde 2000 auch das Buch „Feinde im eigenen Land“ veröffentlicht, um auf rund 300 Seiten einen tieferen Einblick in das Leben und Leiden der Zwangsarbeiter, die in der hannoverschen Rüstungsindustrie schufteten mussten, zu bieten. Im Vorfeld wurden mehr als 1.000 noch lebenden Zeitzeugen in der früheren Sowjetunion, in Polen, Frankreich, Italien und den Niederlanden Fragebögen zugeschickt – etwa 500 antworteten. Aus dieser Aktion gingen sehr detaillierte Berichte und viele Fotos hervor. 20 ganz persönliche Lebensberichte wurden ausgewählt und bilden das Herzstück der Publikation. Erstmals gaben ehemalige hannoversche Zwangsarbeiter Auskunft über ihre häufig extreme körperliche und seelische Leidenssituation und stellten einzigartige Fotografien und Dokumente zur Verfügung. Zum großen Teil hatten sie in der Rüstungsindustrie und



in der Landwirtschaft gearbeitet, aber auch in kleinen Firmen, Privathaushalten, bei der Stadtverwaltung oder der Deutschen Reichsbahn. Sie hatten – verteilt über das gesamte Stadtgebiet – in Lagern gelebt, bewacht und kaum geschützt gegen Bombenangriffe. Statt Lohn hatte es häufig Schläge gegeben, das Geld war für die Lagerunterbringung und Verpflegung einbehalten worden.

Die Veröffentlichung vermittelt aber auch einen ersten Überblick über verschiedene Lagerformen in Hannover. Dabei werden die Themen „Anwerbung und Deportation“, „Zwangsarbeiterlager“, „Kriegsgefangenenlager“, „Private Unterbringung von Zwangsarbeitern“, „Arbeitserziehungslager“ und schließlich „Konzentrationslager“ dargestellt. Welche Formen Zwangsarbeit in Hannover annahm, wie der Ausländereinsatz funktionierte, wer an welcher Stelle mitwirkte und wer davon profitierte, wird zusammenhängend dargestellt. So lassen sich Ausmaß und Grenzen des Handlungs- und Entscheidungsspielraums auf den unteren und mittleren Ebenen erkennen. Zahlreiche bisher unveröffentlichte Fotos sowie ein umfangreicher Dokumentenanhang veranschaulichen dieses dunkle Kapitel deutscher und hannoverscher Geschichte.

Janet Anschütz/Irmtraud Heike. Feinde im eigenen Land.
Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg,
2. Auflage, Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld 2000,
ISBN 3-89534-372-2, 14,90 Euro

„Man hörte auf, ein Mensch zu sein“

Überlebende aus den Frauenkonzentrationslagern in Langenhagen und Limmer berichten

1998 begann die Erforschung eines weiteren Aspekts der NS-Geschichte in Hannover und Region. Zu den beiden Frauenkonzentrationslagern in Hannover-Limmer und vor allem in Langenhagen lagen bislang nur wenige Informationen vor. Im Auftrag der Stadt Langenhagen erfolgten daraufhin insgesamt zwei Reisen nach Warschau zu ehemaligen Häftlingsfrauen. Vor Ort wurden 19 lebensgeschichtliche Interviews durchgeführt. 2000 lag schließlich eine umfangreiche Dokumentation vor, die sowohl die Interviews als auch eine ausführliche Auswertung beinhaltete. Diese diente als Grundlage für die Anfang 2003 entstandene Publikation. Hier berichten nach über 50 Jahren ehemalige weibliche Häftlinge der beiden KZs zum ersten Mal von ihrem Schicksal. Mehr als 500 Frauen waren vor allem im Rahmen des so genannten Warschauer Aufstands im August 1944 von den deutschen Bewachern verhaftet und zunächst in das „Durchgangslager Prusków“ in Polen getrieben worden. Von dort begann für viele ein Leidensweg, der durch das Konzentrationslager Stutthof, die Außenlager des KZs Neuengamme in Langenhagen und Hannover-Limmer sowie nach Bergen-Belsen führte.

Janet Anschütz/Irmtraud Heike. „Man hörte auf, ein Mensch zu sein“. Überlebende aus den Frauenkonzentrationslagern in Langenhagen und Limmer berichten, VSA-Verlag Hamburg 2003, ISBN 3-89965-009-3, 16,50 Euro



Eindrucksvoll schildern die Frauen ihren Überlebenskampf und Überlebensstrategien. Aus Sicht der Opfer berichten sie von dem „Alltag“ im KZ: den Ängsten, den Strafen, den katastrophalen Lebensbedingungen, der Zwangsarbeit, dem Verhältnis untereinander und zu den deutschen „Kollegen“ in den Fabriken. In den Gesprächen entsteht ein konkretes Bild speziell vom KZ in Langenhagen, das von seiner Entstehung am 2. Oktober 1944 bis zur Zerstörung durch einen Bombenangriff am 6. Januar 1945 dokumentiert wird. Auch über die anschließende Verlegung in das KZ Limmer berichten die ehemaligen Häftlingsfrauen. Über beide KZs in der Region konnten so wesentliche neue Erkenntnisse gewonnen werden. Vor allem Arbeitseinsatz, Lebensbedingungen und Selbstbehauptung der Gefangenen sowie frauenspezifische Aspekte der Haft wurden untersucht. In der reich bebilderten Darstellung werden die Stationen und Ereignisse in Verbindung mit der NS-Geschichte und den überlieferten amtlichen Dokumenten verständlich und anschaulich aufbereitet.

„Wir wollten Gefühle sichtbar werden lassen“ Bürger gestalten ein Mahnmal für das KZ Ahlem

Am 10. April 1945 befreite die US-Armee das KZ Ahlem an der ehemaligen Harenberger Straße (heute Harenberger Meile) bei Hannover, in dem überwiegend jüdische Häftlinge unter katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen Schwerstarbeit verrichten mussten. Ein Teil der Häftlinge wurde vier Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen von der SS auf den so genannten Todesmarsch zum KZ Bergen-Belsen getrieben, während kranke Häftlinge – zu schwach, um zu laufen – im Lager zurückblieben. Sie wurden dort befreit.

1987 formierte sich eine Gruppe engagierter Bürger, um ein Mahnmal gegen das Vergessen zu errichten. Es begann eine intensive historische und künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Gedenkstätte im Weg „Am Mahnmal“ in Ahlem wurde 1994 eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben. Bis heute führt der Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“ die Erinnerungsarbeit fort. Anlässlich der zehnjährigen Existenz des Mahnmals wurde dessen Entstehung sowie die Geschichte des KZs in Ahlem in einer im Mai 2004 im Auftrag der Stadt Hannover erschienenen Publikation dargestellt. Vor allem umfangreiche Zeitzeugenberichte und Fotos bieten neue Erkenntnisse und geben Einblick in Abläufe und Situationen. Ein ausführlicher Anhang bietet zudem die Möglichkeit, sich anhand unterschiedlicher



(zeitgenössischer) Dokumente mit dem Thema auseinander zu setzen. Ferner wird die jahrelange, oft schwierige Auseinandersetzung mit der Historie, der Kontaktaufnahme zu den ehemaligen Häftlingen sowie der künstlerischen Umsetzung der Entwürfe durch den Arbeitskreis dargestellt. Die Publikation ist auch ein Zeugnis dafür, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die KZ-Häftlinge in Ahlem arbeiten mussten. Folter und Willkür prägten den Alltag der Insassen, zu Unterernährung kam Schwerstarbeit im Asphaltstollen. Das Buch unterstützt daher ein Anliegen, das sowohl den Überlebenden als auch dem Arbeitskreis gleichermaßen wichtig ist: „Es soll in Erinnerung bleiben, was geschehen ist“, so Moshe Miedzinski, ein Überlebender des KZs, „damit es sich nie wiederholt.“

Janet Anschutz/Irmtraud Heike. „Wir wollten Gefühle sichtbar werden lassen“. Bürger gestalten ein Mahnmal für das KZ Ahlem, Edition Temmen Bremen 2004, ISBN 3-86108-397-3, 19,90 Euro

Begegnungen mit Zeitzeugen

„Tage der Begegnung“ in Hannover

Aus Anlass des 55. Jahrestags des Kriegsendes luden im Jahr 2000 die Stadt Hannover, das Historische Seminar der Universität Hannover, die IG Metall, das Bildungswerk der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), der Bildungsverein Arbeit und Leben, die VVN/BdA und der Förderverein Gedenkstätte Ahlem 22 ehemalige hannoversche Zwangsarbeiter zu den „Tagen der Begegnung“ in Hannover ein.

„Wir wollen uns unserer Geschichte stellen und zugleich im Expo-Jahr, am Beginn eines neuen Jahrhunderts, ein humanitäres Zeichen setzen“, so Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg in seinem Grußwort im Mai 2000.



Pieter Appel aus den Niederlanden zeigt
Dokumente zur Zwangsarbeit in Hannover

In einem speziell für die Gäste erstellten Besuchsprogramm hatten die Zeitzeugen die Möglichkeit, die ehemaligen Arbeitsstätten und Lager aufzusuchen, und berichteten interessierten Bürgern von ihrem Schicksal als Zwangsarbeiter in Hannover – eine für die ausländischen Besucher bewegende Begegnung mit dem Ort ihrer Zwangsarbeit. „Das Leben ist anders geworden. Jetzt ist alles gut“, so die ehemalige Zwangsarbeiterin Olga Plugatar aus der Ukraine. Auch die aktuelle Diskussion um die Entschädigung für Zwangsarbeit wurde in dem Zusammenhang öffentlich thematisiert.

22 ehemalige Zwangsarbeiter aus insgesamt acht Ländern, darunter die Niederlande, Polen, die Tschechische Republik und die Ukraine, waren vom 8. bis zum 12. Mai 2000 zu Gast in Hannover. Informationsmaterial kann beim Projekt angefordert werden.

Der ehemalige Zwangsarbeiter Nikolai Deneiko aus der
Ukraine vor dem Mahnmal am Maschsee



Besuch ehemaliger KZ-Häftlinge in Langenhagen

Nach Fertigstellung einer umfangreichen Dokumentation, die die Stadt Langenhagen zum KZ in der Stadt in Auftrag gegeben hatte, bestand auch der Wunsch, eine Gruppe von ehemaligen Häftlingsfrauen im Jahr 2001 einzuladen. „Es gehört viel Kraft und Mut dazu, diese Reise zu machen und unseren zur Versöhnung ausgestreckten Händen entgegenzukommen“, sagte die Bürgermeisterin Waltraud Krückeberg in einer Gedenkfeier zur Begrüßung der fünf Frauen aus Warschau und Umgebung. „Es war kein leichter Weg hierher“, resümierte Elżbieta Kostrzewa, eine der Überlebenden. Sie habe lange überlegt, bevor sie die Einladung der Stadt angenommen habe. Mit gemischten Gefühlen erlebte sie ihren Aufenthalt in Langenhagen. „Ich freue mich über die Reise und dass alle so nett sind“, aber auf der anderen Seite sei der Besuch auch durch Gedanken an die Vergangenheit überschattet. Doch den Frauen aus Polen war die Reise wichtig: „Wir sind stellvertretend gekommen für alle, die überlebt haben.“ Im Rahmen eines Besuchsprogramms nahmen die Frauen in Anwesenheit des Bischofs von Hildesheim Homeyer im Rathaus Langenhagen an einer Gedenkfeier teil und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Neben einem ökumenischen Gottesdienst und einer Kranzniederlegung am Ort des ehemaligen KZs wurde vor allem Schülern die Gelegenheit gegeben, mit den Zeitzeuginnen zu sprechen und Fragen zu stellen.

Vom 2. bis zum 9. Mai 2001 waren insgesamt fünf Frauen aus Warschau in Langenhagen zu Gast. Informationsmaterial kann beim Projekt angefordert werden.





Überlebende des KZ-Außenlagers Ahlem zu Gast in Hannover

Anlässlich der Buchpräsentation über die Geschichte des KZs Ahlem und des Arbeitskreises „Bürger gestalten ein Mahnmal“ luden die Stadt Hannover, der Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“ und die VVN/BdA vier Überlebende und einen Befreier aus Frankreich, Israel und den USA nach Hannover ein. Ein Wiedersehen, 59 Jahre nach der Befreiung des KZs, das für die Gäste – auf Grund ihrer traumatischen Erlebnisse – nicht einfach war. „Ich habe lange versucht, Deutschland und Hannover zu meiden“, so Benjamin Sieradzki, Überlebender des KZs Ahlem. Er wollte nicht daran erinnert werden, auf welche „barbarische und unmenschliche Weise“ er das Land vor 60 Jahren erlebte. Trotzdem erklärten sich die Zeitzeugen bereit, vor allem mit Schülern und Jugendlichen Gespräche zu führen, sich den Fragen der Menschen zu stellen. Unter Beisein der Zeitzeugen fand eine Veranstaltungsreihe statt. So trug zum Beispiel der Schauspieler Alexander May Berichte der Überlebenden des KZs Ahlem vor.

Vom 29. April bis zum 6. Mai 2004 waren fünf Zeitzeugen aus Frankreich, Israel und den USA in der Stadt Hannover zu Gast. Informationsmaterial kann beim Projekt angefordert werden.

Die ehemaligen Häftlinge Benjamin Sieradzki und René Chantrel treffen in Hannover den damaligen GI Vernon Tott (Mitte), der an der Befreiung des KZs beteiligt war, 2004



Mahnmale

Gedenkstein auf dem Stadtfriedhof Seelhorst

Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, enthüllten 2002 Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und IG-Metall-Bevollmächtigter Reinhard Schwitzer einen Gedenkstein auf dem Stadtfriedhof Seelhorst mit den Worten des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau: „Wer seine Vergangenheit nicht annimmt, wird mit seiner Zukunft nicht umgehen können.“ Das Mahnmal erinnert an die Erschießung von 154 Gefangenen durch die Geheime Staatspolizei am 6. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung Hannovers. Viele von ihnen kamen aus einem Lager in Lahde (Petershagen/Weser) und waren zu diesem Zeitpunkt im Gestapo-Gefängnis in Ahlem interniert. Die Opfer wurden zuvor durch die Stadt getrieben und auf dem Stadtfriedhof Seelhorst erschossen. Am 2. Mai ließen die Amerikaner die Toten exhumieren. Die Leichen wurden auf einer Gedenkstätte am Nordufer des Maschsees beigesetzt – insgesamt 386 Tote, weitere stammten aus zusätzlichen Massengräbern des Friedhofs. Es handelte sich um Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Polen, der Sowjetunion und Ungarn. Das Mahnmal war auf Grund der Initiative der IG Metall, des Projekts „Hannoversche Lager“, des Grünflächenamts der Landeshauptstadt Hannover und des Büros des Oberbürgermeisters entstanden und mit Hilfe von Spenden finanziert worden; eine notwendige Einrichtung, denn nach fast 60 Jahren gab es bislang keinerlei Hinweis auf den authentischen Ort der Erschießung.

Das Mahnmal befindet sich auf dem Stadtfriedhof Seelhorst, Drehtor Grävemeyerstraße, Abteilung 17.



Mahnmal am Brinker Hafen

Auch an den historischen Standort des ehemaligen KZs am Brinker Hafen in Langenhagen erinnerte nichts. Im fabrikeigenen Lager der Brinker Eisenwerke waren ab Anfang Oktober 1944 500 überwiegend aus Warschau verschleppte Frauen untergebracht. Erneut engagierte sich die IG Metall in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Hannoversche Lager“ und der Stadt Hannover. Mit Hilfe von Spendengeldern entstand eine Installation, gestaltet von der Produktdesignerin Nadine Wengerek. Das Mahnmal wurde am 8. Mai 2003 enthüllt – an dem Ort, wo sich früher der Lagereingang befand. So stelle die drei Meter hohe Konstruktion aus Gedenktafel und Stahlstäben „die Enge des Tores dar [...], durch das die Frauen gehen mussten“ und soll, so Reinhard Schwitzer (IG Metall Hannover), „einen Teil hannoverscher Lokalgeschichte vor dem Vergessen bewahren.“

Die Einweihung fand in Anwesenheit von zwei Zeitzeuginnen aus Polen statt. Trotz der sie immer noch quälenden Erinnerungen kamen sie – nach fast 60 Jahren – gerne zu der Veranstaltung, da nun an den Leidensweg und an das Schicksal aller inhaftierten Frauen in Langenhagen gedacht werden kann. Aber nicht nur an das ehemalige KZ soll erinnert werden, sondern auch an die Geschichte der Zwangsarbeit im Industriegebiet am Brinker Hafen.

Das Mahnmal befindet sich am Brinker Hafen (auf Höhe der Bushaltestelle Hackethalstraße) in Langenhagen.



Aktuelle Projektarbeiten

Zur Forschung, Sicherung von Informationen für die Zukunft und zu einer sinnvollen Aufarbeitung für die Öffentlichkeit gehört insbesondere die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen. Daher wird seit 2002 eine Befragung ehemaliger hannoverscher Zwangsarbeiter in der Ukraine in Kooperation mit und für das Stadtarchiv Hannover durchgeführt. Nach Übersetzung sowie Auswertung von Adressendateien der Organisation „Memorial“ in Moskau wurden 3.650 ehemalige hannoversche Zwangsarbeiter angeschrieben. Die voraussichtliche Beteiligung liegt bei circa 35 Prozent nach Abschluss der Aktion, einem überdurchschnittlich hohen Prozentsatz. Eine endgültige Bearbeitung beziehungsweise Aufbereitung der vielen umfangreichen Briefe und der Nutztabelle für die Öffentlichkeit erfordert einen größeren Zeitrahmen und wird in den nächsten Jahren fertig gestellt. Derartig umfangreiche Befragungen sind kostspielig und setzen Expertenwissen in Durchführung und Auswertung voraus.

Auch die kontinuierliche Arbeit für die Nachweisbeschaffung für ehemalige Zwangsarbeiter im Rahmen ihres Renten- beziehungsweise Entschädigungsanspruchs anhand zeitgenössischer Unterlagen erbrachte bislang ein sehr gutes Ergebnis. Die Recherche ergab positive Nachweise in 65 Prozent der speziell bearbeiteten Anträge. Dabei ist zu vermerken, dass die Anfragen bislang trotz Beendigung der Antragstellung in den jeweiligen Ländern nur leicht rückläufig sind. Ferner sind nach der fast abgeschlossenen Auszahlung der ersten Rate der Entschädigung für die so genannte zweite Rate deutlich verschärfte formale Bedingungen in Osteuropa gefordert. Daher müssen auch bereits ausgestellte Bescheinigungen auf Nachfragen verändert und den jeweiligen aktuellen Bedingungen angepasst werden. Eine Trendwende ist zunächst nicht abzusehen, da die Auszahlungen durch die Partnerorganisationen vor Ort weiterlaufen. Die weiterhin dringend notwendigen Recherchen für die geforderten Nachweise müssen daher dauerhaft gewährleistet werden.



„Ostarbeiterinnen“ der Städtischen Betriebswerke Hannover, Oktober 1943

Zukünftige Projektarbeiten – Forschungsziele

Das Projekt kann bereits jetzt als bundesweit einmalig sowohl in der Qualität der Ergebnisse als auch in Zusammenstellung sowie Quantität der Unterlagen betrachtet werden. Es bietet eine hervorragende wissenschaftliche Basis und ein Forum für Interessierte. Einer breiten Öffentlichkeit konnten bereits auf hohem Niveau Informationen zur Arbeits- und Lebenssituation der hannoverschen Zwangsarbeiter vermittelt werden. So entstand ein Netzwerk zu Überlebendenverbänden, Organisationen, Gedenkstätten, Journalisten und anderen. Dringender Handlungsbedarf für weitere Recherchen besteht jedoch in etlichen Forschungsbereichen, aber auch in der Öffentlichkeits- und Zusammenarbeit mit pädagogischen Einrichtungen. Die Forschungsergebnisse müssen grundsätzlich ausgebaut und dauerhaft einer breiten Öffentlichkeit in Form von Publikationen, Ausstellungen, Besucherprogrammen oder ähnlichen Projekten zugänglich gemacht werden. Von besonderer Bedeutung ist die Erforschung des hannoverschen Lagersystems in der NS-Zeit anhand zeitgenössischer Dokumente. Ein Teil der Quellen konnte bereits ausgewertet werden, wobei umfangreiche Datensätze in den Archiven nur in einem kontinuierlichen Prozess zu recherchieren sind. Es handelt sich dabei um mindestens 70.000 personenbezogene Daten ehemaliger hannoverscher Zwangsarbeiter, die zunächst erfasst und später ausgewertet werden müssen. Insbesondere auf dieser Grundlage sollen Anzahl, Belegung, Benennung, Existenz, Größe und Zugehörigkeit der Zwangsarbeiterlager geklärt werden. Anschließend wird ein Überblick der Lager vorliegen, der, zusammengesetzt aus den verschiedenen Komponenten, ein vollständiges Bild des nationalsozialistischen Lagersystems sowie der einzelnen Entwicklungsstufen des Arbeitseinsatzes



Überlebende zu Gast in Hannover, Mai 2000 und 2004

in Hannover ermöglicht. Die Schilderungen der Überlebenden bieten Außenstehenden zudem einen realistischen sowie atmosphärischen Einblick in das Leben ehemaliger hannoverscher Zwangsarbeiter vor dem Hintergrund der NS-Geschichte. Dadurch besteht die Chance, (gerade durch Einzelschicksale) Sensibilität zu wecken und neue Eindrücke bezüglich dieses gesellschaftlich-politisch relevanten Themas zu gewinnen. Letztendlich wird dadurch die Stadt Hannover auch stellvertretend für andere Großstädte in dieser Zeit und als Beispiel eines bedeutenden Rüstungszentrums betrachtet werden können. Diese Forschung verdeutlicht das quantitative Ausmaß des Arbeitseinsatzes der Zwangsarbeiter, aber auch die Komplexität des Lagersystems und dessen Verflechtungen mit dem gesellschaftlich-politischen Leben.



Arbeitskarte aus dem so genannten Durchgangslager Lehrte



Grundlegende Erkenntnisse wurden bereits gewonnen, müssen aber noch erheblich erweitert werden. Auch ausländische Archive müssen weiter in den Arbeitsprozess eingebunden werden. Die so geschaffene Untersuchung vermittelt detaillierte Ergebnisse, die über eine rein statistische Datenerfassung hinausgehen. Von diesen fundierten Kenntnissen profitieren auch die Überlebenden (und ihre Angehörigen) im Rahmen der Nachweisbeschaffung (Renten- beziehungsweise Entschädigungsanspruch), da sie häufig nur vereinzelt Hinweise zu ihrem Einsatzort, der Firma oder dem Lager geben können.

Dringendes Forschungsinteresse besteht zudem für einzelne regionale Lager außerhalb des Stadtgebiets, die aber unmittelbar mit der Geschichte der hannoverschen Zwangsarbeiter verbunden sind. Von großer Bedeutung für die Stadt Hannover und die Region war das so genannte „Durchgangslager“ (Dulag) in Lehrte, welches vom Landesarbeitsamt Niedersachsen betrieben wurde. Dort warteten

mehrere Tausend Zwangsarbeiter auf die Zusammenstellung eines Transports, der sie zum Arbeitseinsatz im Zuständigkeitsbereich des Landesarbeitsamts Niedersachsen brachte – unter anderem auch nach Hannover. Besonders zu nennen ist außerdem das „Ausländische Wöchnerinnenheim“ in Langenhagen, in dem Polinnen und Russinnen ihre Kinder gebären mussten. Die Säuglinge wurden anschließend in den meisten Fällen durch unterlassene Versorgung getötet. Die hohe Kindersterblichkeit ist ein besonderer Aspekt der Thematik, der Kenntnisse über die spezielle Situation erfordert und dringend erarbeitet werden muss. Auch hier sind erste Ansätze vorhanden und eine Publikation wird für 2005 angestrebt.

Auszug aus einem Beerdigungsbuch des Stadtfriedhofs Seelhorst, 1944

a. d. Seelhorst

Jahrgang 1944

Der Verstorbenen

Namen	Stand	Wohnung	Todesursache	Alter	
				Mo	Ja
Wojdarska, Wanda	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	Tierstall	11	6
Wacziarg, Waleria	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	---	Tierstall	11	6
Wolowa, Waleria	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	---	Tierstall	11	6
Wojdarska, Waleria	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	---	Tierstall	11	6
Wacziarg, Waleria	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	---	Tierstall	11	6
Wolowa, Waleria	Land & Pflanzl. Pflanzl. E	---	Tierstall	11	6

Einen wesentlichen Schwerpunkt hinsichtlich einer sinnvollen Aufklärung im Rahmen des Themas stellt zudem die pädagogische Arbeit dar. Die grundlegende Einstellung von Jugendlichen wird meist im Elternhaus und somit in der Kindheit geprägt. Dadurch sind öffentliche Einrichtungen, wie unter anderem Schulen, Jugendzentren, Volkshochschulen, geeignete Orte für Informationsfluss und Meinungsbildung, um zum Beispiel rechtsradikalen Orientierungen vorzubeugen. Aufklärungsarbeit kann besonders durch den regionalen Bezug geleistet werden. Anders als in der abstrakten Vermittlung historischer Abläufe werden dadurch Identifikationsräume geschaffen. Durch diese Vorgehensweise kann Sensibilität geweckt und deutlich gemacht werden, wie Gewaltmechanismen während der NS-Zeit entstanden, funktionierten und dies auch heute noch tun. Dabei kann gerade durch Kontakte mit Überlebenden Interesse an dem jeweiligen Ort entstehen. Ferner wird Geschichte durch die Nähe zu Zeitzeugen und durch zeitgenössische Unterlagen erfass- beziehungsweise erfahrbar. Den Pädagogen könnte so ein Angebot zur Verfügung gestellt werden, das praxisnah konzipiert ist.

Zwangsarbeiter gehörten im Zweiten Weltkrieg zum Stadtbild von Hannover. Sie waren überall sichtbar, ob am Arbeitsplatz oder in der (unmittelbaren) Nachbarschaft. Vor diesem Hintergrund sind auch sie ein besonderer Teil der Geschichte und Kultur dieser Stadt, der nicht in Vergessenheit geraten darf. Ferner besteht eine Verantwortung für dieses Thema hinsichtlich einer fundierten Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Innerhalb der kontinuierlich erfolgten Forschung werden nun seit mehreren Jahren Zeitzeugenbefragungen vor allem auch für spätere Generationen durchgeführt, da die Überlebenden nur noch kurze Zeit zur Verfügung stehen werden. Derartige Projekte sind nicht nur kostspielig, sie erfordern auch ein hohes Maß an Idealismus und Fachwissen. Weiterhin sind sehr umfangreiche Archivbestände vor Ort vorhanden, die dringend zur Sicherung und Sichtung in mehrjährigen Prozessen systematisch aufgearbeitet werden müssten. Seit 2002 wird das Projekt nach Beendigung der finanziellen Mittel am Historischen Seminar der Universität Hannover durch die Stadtwerke Hannover im Sinne der Stadt Hannover fortgeführt. Im Rahmen dieser speziellen Arbeit werden Zeitzeugenbefragungen in der Ukraine vorgenommen sowie die notwendigen Bescheinigungen für die Entschädigungsansprüche der Opfer erstellt. Auch werden Überlebende finanziell unterstützt und inhaltlich betreut, die im Wesentlichen auf Eigeninitiative ein letztes Mal nach Hannover kommen möchten. Eine Trauerarbeit, die für die Opfer von entscheidender Bedeutung ist. Für das gesamte Spektrum an Aktivitäten werden dringend weitere finanzielle Mittel benötigt, um eine kontinuierliche Arbeit leisten zu können.

Stadtwerke Hannover AG

Janet Anschütz/Irmtraud Heike

Glocksestr. 33

30169 Hannover

Tel (0511)430-3358 oder (0511)430-3410

E-mail: janet.anschuetz@enercity.de oder irmtraud.heike@enercity.de

Konto

Stadt Hannover

Stadtsparkasse Hannover/BLZ 25050180

Kontonummer/517321

Betr.: Hst 236603670004-901/Projekt „Hannoversche Lager“

Bildnachweis

Sofern keine anderen Quellen angegeben sind, stammen die Abbildungen aus dem Archiv des Projekts „Hannoversche Lager“.

Mark Mühlhaus/attenzione: 20, 21, 31

Stadtarchiv Hannover, Dokumentation
Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten
Weltkrieg, Zaitseva 65338-1887: Titelbild, 29

Stadtfriedhof Seelhorst: 33

Vernon W. Tott: 24

Impressum

Konzeption, Bildauswahl und Texte

Janet Anschütz/Irmtraud Heike

Grafische Gestaltung

Andreas Radde

Lektorat

Hiltraud Krause

Mit Unterstützung von Bianca Bartels,
Unternehmenskommunikation
Stadtwerke Hannover AG

Fotografische Arbeiten

Seiler-Picture

Druck

Druckhaus Pinkvoss

Hannover, März 2005

© Stadtwerke Hannover AG

alle Rechte vorbehalten

enercity®